

Deutschland, aber rechtsextrem? Die AfD in der Bundestagswahl 2021

Seit 2013 ist die AfD auch in München aktiv, aktuell hat sie hier fünf Kreisverbände und einen Ortsverband. Für den Ausbau ihrer Strukturen kann die Partei auf staatliche Gelder zurückgreifen, die ihr besonders durch einen Landtagsabgeordneten, drei Bundestagsabgeordnete und einen Abgeordneten im Europaparlament zufließen. 2017 zog die AfD als erste extrem rechte Partei in den Bundestag ein, 2021 möchte sie diesen Erfolg wiederholen und sich weitere staatliche Gelder und politischen Einfluss sichern.

Das AfD-Programm: Angst und Ausgrenzung

Die AfD baut mit ihrem Programm („Deutschland, aber normal“) und ihren Kandidat*innen in der Bundestagswahl vor allem auf Angst und Ausgrenzung. Laut der AfD muss man sich vor vielen Dingen fürchten: Sie warnt vor Klimapolitik, Muslim*innen, Sexualkundeunterricht, der EU, Geflüchteten, politischer Bildung, Seenotrettung im Mittelmeer, Migrant*innen, Gendermainstreaming (also dem akzeptierenden Umgang mit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt) und öffentlich-rechtlichen Medien. Außerdem verbreitet sie Verschwörungserzählungen über eine angeblich durch böse Kräfte im Hintergrund geplante „große Transformation“ unserer Gesellschaft.

Obwohl die Zahl von Straftaten seit Jahren sinkt, versucht die AfD, Menschen Angst vor „Kriminalität“, „Straßengewalt“ und „Terror“ zu machen – um ihnen dann zu erzählen, dass daran vor allem Migrant*innen schuld sind und nur ihre Partei dagegen helfen kann. Ihre einzige Antwort auf Kriminalität ist mehr Repression und eine Ausweitung der Rechte der Polizei: härtere Strafen, mehr Videoüberwachung, der Einsatz von Gesichtserkennungssoftware, biogeografische DNS-Analysen, Strafmündigkeit schon ab 12 Jahren und Körperkameras für Polizist*innen. Bestimmte öffentliche Plätze möchte die Partei mit Kameras und automatischer Gesichtserkennungssoftware überwachen lassen.



AFD-Funktionär Wolfgang Wiehle im Wahlkampf

Wenn ihr Bundestagsabgeordneter Wolfgang Wiehle von einem „Umerziehungslager“ redet in das Deutschland verwandelt werde, meint er aber nicht solche AfD-Maßnahmen, sondern die Klimapolitik. Obwohl die Folgen der Klimakrise zum Beispiel in Form von Überschwemmungen immer stärker sichtbar werden und die überwältigende Mehrheit von Wissenschaftler*innen sich eindringlich für eine aktive Klimapolitik aussprechen, ist die AfD dagegen und zweifelt an den negativen Folgen der globalen Erwärmung. Eine Umweltpolitik gegen die Klimakrise bezeichnet sie als „Klima-Ideologie“ und beschimpft sie als „ideologisch“

und „quasi-religiös“. Sie will alle Initiativen zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes abbrechen und aus internationalen Verträgen wie dem Pariser Klimaschutzabkommen austreten. Den Ausbau erneuerbarer Energien möchte die AfD stoppen und Atomkraftwerke weiter betreiben.

Auch die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie möchte die AfD beenden und spricht von einer „Corona-Hysterie“. Sie tritt als der parlamentarische Arm der Pandemieeugner*innenszene auf und trägt deren Positionen gegen die Infektionsschutzmaßnahmen wie Impfungen in die Parlamente. Die Szene träumt von einem Tribunal gegen die Verantwortlichen der Infektionsschutzmaßnahmen – die AfD fordert, diese vor einen Untersuchungsausschuss zu stellen. Die Münchner AfD-Bundestagskandidaten Petr Bystron, Wolfgang Wiehle und Wilfried Biedermann nehmen selbst an Kundgebungen gegen die Infektionsschutzmaßnahmen teil – Seite an Seite mit Neonazis und christlichen Fundamentalist*innen. Auf den Versammlungen werden Verschwörungserzählungen verbreitet, dass die Pandemie eigentlich gar nicht existiert, die Bundesrepublik als „Diktatur“ beschimpft und zum Kampf gegen „das System“ aufgerufen.

Gegen eine multikulturelle Gesellschaft für alle

Die AfD verspricht in ihrem Programm Unterstützung für Familien, aber nicht für alle: Sie ist gegen eine multikulturelle Gesellschaft und grenzt besonders Geflüchtete, Muslim*innen und Migrant*innen aus.



AfD-Abgeordneter Petr Bystron auf einer Kundgebung der Pandemieeugner*innenszene am Königsplatz

welche versucht einige der Menschen zu retten, die auf der Flucht über das Mittelmeer in Lebensgefahr geraten, will die AfD unmöglich machen. Die deutsche Staatsbürgerschaft möchte die Partei nicht etwa allen in Deutschland geborenen Kindern verleihen – sie will das „Abstammungsprinzip“ einführen bei dem man seine biologische Herkunft nachweisen muss.

Die AfD macht seit Jahren Politik gegen Muslim*innen, die sie als rückständig, gewalttätig und gefährlich darstellt. Sie versucht deren Freiheiten zur Religionsausübung einzuschränken und stellt sich etwa gegen muslimischen Religionsunterricht, den Bau von Minaretten und den Muezzinruf. Muslimischen Mädchen und Frauen möchte sie das Tragen eines Kopftuchs in Schulen und dem öffentlichen Dienst verbieten. Die Religionsfreiheit, die das Grundgesetz allen Menschen in Deutschland garantiert, würde so in der Praxis für alle Muslim*innen stark eingeschränkt.

Politik für Besserverdienende und das Ende von Europa? Die AfD will aus der EU austreten

70 Jahre Kooperation und Frieden in Europa scheinen der AfD nicht viel wert zu sein: Die EU sei eine „Schlinge um den Hals von Deutschland“, sagt etwa Wolfgang Wiehle und ätzt gegen einen „gleichgeschalteten (!) EU-Superstaat“. Die AfD macht keine Vorschläge, wie die europäische

Integration verbessert werden könnte, sondern ruft nach einem Austritt Deutschlands aus der EU. Wenn die AfD das Sagen hätte, wäre damit das gemeinschaftliche demokratische Europa am Ende und ein Rückfall in den nationalistischen Egoismus wahrscheinlich, der zu zwei Weltkriegen führte.

Acht Jahre nach ihrer Gründung hat die AfD immer noch kein umfassendes sozialpolitisches Konzept. Die Versprechen in ihrem Wahlprogramm 2021 kommen vor allem Gutverdiener*innen zugute: Keine Vermögenssteuer, keine Grundsteuer, keine Erbschaftssteuer, keine Gewerbesteuer und eine niedrigere Besteuerung von hohem Einkommen. Die soziale Umverteilung von unten nach oben würde so massiv verstärkt. Kommunen würden ohne die Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommenssteuer finanziell wesentlich schlechter gestellt und könnten Angebote wie Jugendzentren oder Krankenhäuser unter Umständen nicht mehr bezahlen. Davon wären alle Menschen betroffen, die auf solche Einrichtungen angewiesen sind.

Die Durchsetzung von Arbeitnehmer*inneninteressen auch gegen Unternehmensführungen liegt der AfD nicht am Herzen. Sie ruft nach einer „Sozialpartnerschaft“ und einer „Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechtes“ – ein bekanntes Mittel der Rechten, um Interessen und Rechte von Arbeitnehmer*innen als ungerechtfertigt darzustellen und auszuhöhlen. Wie die wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte der AfD finanziert werden sollen, bleibt unklar, die Partei droht mit „konsequenten Streichungen“ in der Migrations-, Klima- und EU-Politik.



Wahlkampfplakat der AfD im Münchner Osten

Die AfD fordert in ihrem Wahlprogramm auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern – nicht etwa deren Gleichstellung. Konkrete Maßnahmen, um die Rechte von Frauen zu stärken, wie die Einführung von Frauenquoten lehnt die Partei nämlich vehement ab. Gleichstellungsbeauftragte möchte die Partei gleich ganz abschaffen, Gesetze gegen Diskriminierungen auch.

Im rechten Geschichtsbild der Partei hat eine intensive kritische Beschäftigung mit dem historischen Nationalsozialismus, dem Holocaust und der deutschen Kolonialgeschichte keinen Platz. Sie möchte durch die Geschichtsbetrachtung ein „Nationalbewusstsein“ erzeugen und nimmt dafür sogar das deutsche Kaiserreich in Schutz, das laut AfD nicht „geschmäht“ oder „diffamiert“ werden dürfe.

Die Kandidaten der AfD München

In München tritt die AfD mit fünf Direktkandidaten an, eine Kandidatin hat die Partei bei dieser Wahl nicht aufgestellt. Für den Vorsitzenden des Kreisverbandes München Ost, Wilfried Biedermann, ist die Wahl ein weiterer Versuch, ein bezahltes Amt zu erlangen. Im vergangenen Jahr hat Biedermann, wie viele AfDler*innen, an den Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen teilgenommen. Biedermann reist für die verschwörungsideologischen Versammlungen teils extra bis nach Berlin und präsentiert gern ein Schild, das die Arbeit der Öffentlich-Rechtlichen Medien als „Gehirnwäsche“ bezeichnet. Der Kreisvorsitzende nahm in der Vergangenheit auch an Aktionen der besonders radikalen Parteijugend „Junge Alternative“ teil und organisierte im März 2021 eine Veranstaltung in München mit dem Bundestags-

abgeordneten Stephan Brandner, der innerhalb der Partei für einen unverblühten Umgang mit der extrem rechten Parteideologie steht. Vor dem Aufstellungsparteitag präsentierte sich Biedermann eigens in einem Video mit einer ehemaligen Aktivistin des Bündnisses „Kandel ist überall“, das verschiedene Teile der extremen Rechten wie Pegida und die Identitäre Bewegung vernetzte.

Mehr Chancen als die Direktkandidat*innen, in den Bundestag einzuziehen, haben drei Münchner Kandidat*innen, die auf einem aussichtsreichen Platz auf der Landesliste stehen: Petr Bystron (Platz 4), Wolfgang Wiehle (Platz 7) und Gerold Otten (Platz 9).

Petr Bystron nahm im vergangenen Jahr ebenfalls an Versammlungen der verschwörungs-ideologischen Pandemieleugner*innenszene teil und greift deren Positionen, etwa gegen Impfungen, auf. Der ehemalige Landesvorsitzende praktiziert eine offene Kooperation mit anderen Teilen der extremen Rechten und solidarisiert sich etwa mit der extrem rechten Identitären Bewegung und dem rechten Sammelbecken Pegida. Er rühmt sich unter anderem damit, politische Gegner*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen politisch anzugreifen, zum Beispiel Seenotrettungsorganisationen wie Sea Watch.

Wolfgang Wiehle gibt sich gern als Verkehrspolitiker, aber er bedient ebenso Kernthemen rechter Stimmungsmache und raunt etwa von einer vermeintlichen „Islamisierung“ Deutschlands durch Migrant*innen. Dahinter steht eine haltlose extrem rechte Verschwörungserzählung, in der die Bundesrepublik von Muslim*innen unterwandert wird. Er schmückt sich damit, Geflüchteten mit seiner Arbeit den Familiennachzug verwehrt zu haben, in seiner Rede auf dem Aufstellungsparteitag 2021 lobte er den Beschluss zum EU-Austritt ausdrücklich.

Gerold Otten ist ein ehemaliger Berufssoldat, der sich im Bundestag vor allem mit der Bundeswehr beschäftigt. Aber auch die Stimmungsmache der AfD gegen Geflüchtete und Migrant*innen gehört zu seinen Betätigungsfeldern. So klagt er zum Beispiel über „Ausländer- / Migrantengewalt“ und behauptet die deutschen Straßen würden von „arabisch-türkischen Clans“ und „linken Verbrechern“ „beherrscht“. 2018 nahm er an der Seite des thüringischen AfD-Vorsitzenden Björn Höcke an einem extrem rechten Aufmarsch in Chemnitz teil. Noch im Juli 2021 reiste er für eine Kundgebung nach Würzburg mit der die AfD versuchte, eine Gewalttat als Bühne für ihre Hetze auszunutzen. Neben anderen bayerischen AfD-Funktionär*innen trat Otten auch hier gemeinsam mit Höcke auf.

Kandidat*innen und Funktionär*innen der AfD geben sich in der Öffentlichkeit gerne vermeintlich harmlos und seriös – dass das eine bewusste Tarnstrategie ist, zeigen ihre Äußerungen, ihr Programm und die Politik der AfD in den vergangenen Jahren. Seit 2017 hat die AfD den Bundestag als Bühne für ihre extrem rechte Politik genutzt. Antworten auf drängende gesellschaftliche Fragen hat sie nicht zu bieten, stattdessen will sie Klimaschutz beenden, aus der EU austreten, Steuern für Reiche senken und alle Menschen schlechterstellen, ausgrenzen und abwerten, die nicht in ihr Weltbild passen.

**Stehen wir zusammen ein gegen Rassismus, Muslim*innen-
feindlichkeit und andere Formen extrem rechter Ausgrenzung!
Für ein solidarisches Zusammenleben und demokratische
Haltung gegen rechte Stimmungsmache!**